

ARGUMENTATIONSHILFE

**Soloselbstständige
sozial absichern**

DIE LINKE.

THEMA

SOLOSELBSTÄNDIGE SOZIAL ABSICHERN

Soloselbständige gibt es in vielen Branchen: IT, Volkshochschulen, Pflege, Kreativ-, Immobilien-, oder Forstwirtschaft. Auch wenn ein Teil hohe Einkünfte erzielt, liege das Durchschnittseinkommen von Soloselbständigen unter dem der Arbeitnehmer*innen und ist mit den Löhnen im Niedriglohnsektor zu vergleichen. Zudem müssen Soloselbständige die Beiträge zur Kranken- und Rentenversicherung eigenverantwortlich finanzieren. Existenznöte und Altersarmut sind bei vielen vorprogrammiert.

Um die soziale Situation von Soloselbständigen zu verbessern, wollen wir bundesweite branchenspezifische Mindesthonorarregelungen, die einem ruinösen Preiswettbewerb entgegenwirken und wir fordern die Einbeziehung aller in die gesetzlichen Sozialsicherungssysteme (Renten-, Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung). Beiträge und Leistungen richten sich dabei nach dem tatsächlichen Einkommen. Auftraggeber*innen sind analog den Arbeitgeber*innen an den Beiträgen zu beteiligen.

Die Corona-Pandemie hat Soloselbständige hart getroffen. Neustart: Für die Dauer der Pandemie soll der Zugang zu einer monatlichen Pauschale in Höhe von 1.200 Euro – auch rückwirkend ab März 2020 – ermöglicht werden.

Was sagen die anderen?

Die **SPD** will Soloselbständige bei branchen- und saisonüblichen Schwankungen durch ein Sicherungsgeld – ähnlich der Arbeitslosenversicherung absichern.

Die **FDP** und **CDU/CSU** planen, das Statusfeststellung für Selbstständige zu reformieren.

Die Grünen wollen verbindliche Honoraruntergrenzen, eine bessere soziale Absicherung und ein Existenzgeld von 1.200 Euro im Monat für die Zeit der Corona-Krise.

LINKE Gegenargumente

Das Konzept der LINKEN sichert Soloselbständigen sozial ab und ermöglicht ihnen ein armutssicheres Einkommen. Die SPD zielt auf Einkommensstabilität, aber damit werden viele nicht aus dem Niedriglohnsektor-Sumpf gezogen. Das Statusfeststellungsverfahren dient zwar zur Bürokratievereinfachung, verbessert die soziale Lage von Soloselbständigen aber nicht. Die Forderungen der Grünen ähneln denen der LINKEN, aber sind in Hinblick auf die Einbindung in die Arbeitslosenversicherung wenig konkret.